

Bezugspreis: Vierteljährlich 60.- M., monatlich 20.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.- M., einjährig 240.- M. (einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheingebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich-Ungarn und Luxemburg 24.- M., für das übrige Ausland 72.- M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdung und Ringarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Leserinnen-Adresse: „Sozialdemokratisches Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 7. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:  
Die einseitige Komposition kostet 12.- M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 3.- M. (zweimalig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2.- M. Streifenanzeigen das erste Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 6.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

## Kathenau über Wiedergutmachung.

Der Hauptausschuss des Reichstages setzte heute die Besprechung des Haushaltsplanes des Reichsministeriums des Inneren fort. Bei dieser Gelegenheit hielt der Minister Dr. Kathenau eine Rede über das Reparationsproblem.

Der Minister führte aus, daß gegenüber dem Reparationsproblem drei Auffassungen in Deutschland erkennbar waren. Die eine ging dahin, es müsse Festigkeit gezeigt und Widerstand geleistet werden; es müsse die Reparationsleistung abgelehnt werden, weil sie von Deutschland nicht getragen werden könne. Eine solche Politik könnte man als

### Katastrophenpolitik

bezeichnen. Die zweite Auffassung ging dahin, daß man zwar bis zu einem bestimmten Maße sich dem Reparationsproblem nähern dürfe, daß man aber mit aller Offenheit erklären sollte, die Leistungen seien unerfüllbar und es habe überhaupt keinen Zweck, sie in irgendeinem bedeutenderen Ausmaße in Erwägung zu ziehen. Diese Politik wurde bezeichnet als die

### Politik mangelnder Psychologie

und Erkenntnis der Weltlage. Die dritte Auffassung hält eine Verpflichtung zur Reparation für das Reich gegeben, die geschaffen ist durch die Unterschrift seiner maßgebenden Stellen. Diese Auffassung vertrat auch die Reichsregierung. Sie ging davon aus, daß unter allen Umständen der Versuch gemacht werden müsse, den ehemaligen Gegnern zu zeigen, daß Deutschland bereit sei,

### Bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit

zu gehen. Der Minister klärte dann noch eine mißverständliche Auffassung seiner Rede auf, die er im Reichstag über das Reparationsproblem gehalten hatte. Der Minister hatte damals erklärt, daß das Maß der Erfüllung gegeben sei durch die Frage, wie weit man ein Volk in Not geraten lassen dürfe. Dieses „dürfe“ habe er unterstrichen und unterstriche es nochmals, denn darin wäre die ständige Verpflichtung mit enthalten, nur bis zu dem Punkte zu gehen, den der Staatsmann verantworten könne. Jede andere Auslegung dieser Worte sei mißverständlich oder böswillig. Die Erfahrung hat dann noch gezeigt, daß die Fragestellung „Möglichkeit oder Unmöglichkeit“ der Erfüllung für das Reparationsproblem überhaupt nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist. Vielmehr hat sich ergeben, daß eine weitere Frage bedeutend schärfer hervortritt, nämlich die: wie weit eine Reparationsleistung Deutschlands überhaupt

### für die übrigen Völker erträglich

sei; denn die auf dem Weltmarkt gebrachte Zwangsarbeit eines Landes führe dazu, den gesamten Markt der Erde zu zerrütten. Psychologisch habe sich das Vorgehen der Regierung als richtig erwiesen. Die Sprache der Tatsache sei so stark gewesen, daß heute in allen Ländern das Reparationsproblem von neuem studiert werden müsse. Gerade in diesem Augenblick schweben die Verhandlungen darüber, auf welches Maß die Reparationen für das Jahr 1922 bedrenzt werden sollen.

Die praktische Politik der Regierung führte als erste Etappe nach

### Wiesbaden.

In Wiesbaden handelte es sich darum, Modalitäten zu finden, um überhaupt dem Reparationsproblem eine Unterlage der Durchführbarkeit zu geben. Der Begriff der Sachleistungen trat in den Vordergrund. Der Minister betont, daß notwendigerweise die zerstörten Gebiete in Nordfrankreich wiederhergestellt werden müssen. Solange sie als Wüsteneien zwischen Deutschland und Frankreich liegen, würden sie ein Symbol der Spaltung zwischen den Völkern bleiben. In Wiesbaden wurde ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich hergestellt, das auch auf andere Staaten seine Anwendung finden kann. Während das Ergebnis von Wiesbaden nach außen hin den beabsichtigten Erfolg gezeitigt habe, sei es im Inneren zum Anlaß einer schweren Agitation und Kontroverse, und zwar nicht nur gegen die Sachleistungen geworden. Die Argumentationen, die dieser Kontroverse zur Unterlage dienten, machten es jedoch jedem Unvoreingenommenen klar, daß es weniger wirtschaftliche als politische Fragen waren, die die große innerpolitische Agitation gegen Wiesbaden hervorriefen. In diesem Zusammenhang wies Kathenau auf verschiedene Widersprüche in der Begründung der Agitation gegen Wiesbaden hin, Widersprüche, wie sie sich dann auch bei der innerpolitischen Kontroverse über die Konferenz von Cannes wiederholten. Das Ergebnis von

### Cannes

ist nicht negativ gewesen, wenn auch infolge der Unisidierlegung Brlands die Konferenz leider nicht zu Ende geführt werden konnte. Cannes habe es möglich gemacht, den Vertretern der früher uns gegnerischen Nationen die gesamte deutsche Situation darzulegen. Ferner sei es in Cannes dazu gekommen, daß eine Konferenz aller Nationen für Genua in Aussicht genommen wurde. Der Kessel in der deutschen Öffentlichkeit, den Cannes gezeitigt habe, sei nicht ohne Widerspruch gewesen. Einerseits erklärte ein Teil der Kritiker das Ergebnis von Cannes für wertlos, weil Genua von keiner Bedeutung für das Reparationsproblem sein könne. Andererseits wurden von der gleichen Seite die Boulogner Beschlüsse dahin ausgelegt, daß dadurch die letzte Hoffnung für Deutschland auf eine Besserung des Reparationsproblems entzündet sei. Entweder sei nun aber in Cannes etwas erreicht worden, nämlich das Zustandekommen der Konferenz von Genua, oder die Genuaer Konferenz sei ohne Bedeutung. Dann könnten wieder die Boulogner Beschlüsse nichts verderben. Der Minister erklärte, daß er nie erwartet habe, es könne einem aus 40 nicht durchweg am Friedensverträge beteiligten Nationen bestehenden Gremium, wie es die Genuaer Konferenz darstelle, das

### Reparationsproblem und der Versailler Vertrag

zur Beschlussfassung unterbreitet werden. Dafür sei Genua niemals der Ort gewesen. Wohl aber werde die Möglichkeit gegeben sein, daß in Genua die allgemeinen Ursachen der Weltkränkung erörtert werden und daß die Nationen gemeinschaftlich nach solchen Wegen suchen, die zu einer Gesundung des ganzen Kontinents führen. Praktisch werde Genua vermutlich das erste Glied einer Serie von Konferenzen sein, die voraussichtlich dieses Jahr und das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden. Die Völker seien heute noch zu weit entfernt von der Klarheit über die Ertraktungsursache der ganzen Wirtschaft, als daß man annehmen könne, es wären sofort endgültige Teilungsprojekte möglich.

„Bei Schluß des Blattes spricht der Minister noch.“

### Neuestes Genua-Datum.

Paris, 7. März. (W.F.B.) Die italienische Regierung hat nunmehr ihre Zustimmung zur Eröffnung der Genueser Konferenz am 10. April gegeben.

### Die Lloyd-George-Krise.

Heute soll Balfour in einer Rede die Bedingungen Lloyd Georges für sein Bleiben im Amte bekanntgeben. Der Premier geht zur Erholung nach Wales und bleibt vielleicht bis zur Genua-Konferenz der Politik fern. Mehrere Führer der Koalition verhandeln über die Bildung einer Nationalen Partei, in welcher sich Liberale und Unionisten zur Unterstützung Lloyd Georges vereinigen sollen. Die neue Partei soll von der Regierung die Durchführung des Sparprogramms von Geddes fordern.

### Französische Beschwerde über Staatssekretär Müller.

Paris, 7. März. (Frankf. Ztg.) Nach dem „Intransigeant“ ist der französische Botschafter in Berlin beauftragt, bei der deutschen Regierung Vorstellungen wegen der Ausführungen zu erheben, die Staatssekretär Müller vom Wiederaufbauministerium im Reichstag über die Widerstände gemacht hat, die alle deutschen Wiederaufbauvor schläge bisher bei der französischen Regierung gefunden hätten. Der Botschafter werde den Wunsch der französischen Regierung nach einer Berichtigung dieser Behauptung zum Ausdruck bringen. Außerdem beabsichtigt Poincaré in einer der nächsten Sitzungen der Kammer auf die Ausführungen Müllers zu antworten.

### Zwanganleihe und Gewerkschaften.

Dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst wird mitgeteilt: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat eine fünf-gliedrige Kommission eingesetzt, die sich mit der Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Zwanganleihe beschäftigen und die Verhandlung mit der Regierung führen soll. Entgegen anderen Meldungen haben die Gewerkschaften die Einladung zu den Verhandlungen, die am Donnerstag nachmittags 4 Uhr beginnen sollen, angenommen.

Nach dem Wunsch des Reichsfinanzministers sollte sowohl die Denkschrift wie auch das Begleitschreiben, die den Gewerkschaften schaften überwiefen wurde, streng vertraulich behandelt werden. Die freien Gewerkschaften haben diese Vertraulichkeit auf das peinlichste beachtet. Demgegenüber steht die Tatsache, daß ein Teil der bürgerlichen Presse bereits heute den Fragebogen abdruckt, den das Finanzministerium den Gewerkschaften zugesandt hat. Angesichts dessen bleibt die Frage offen, wer die dauernden Indiskretionen verübt?

### Devisenrückgang?

An der heutigen Börse ist zu Beginn der Dollarkurs von 260 auf 258-259 zurückgegangen, jedoch dauert die Börse bei Schluß des Blattes noch an, so daß der endgültige Tagestkurs noch nicht angegeben werden kann.

### Die gefesselte Fliegerei.

Paris, 7. März. (W.F.B.) Laut „Petit Parisien“ scheint in der Botschafterkonferenz ein Kompromiß zustande gekommen zu sein. Auf englischer Seite habe man darauf verzichtet, die Frage der ständigen Kontrolle mit der Frage der Zurückziehung der militärischen Sanktionen zu verbinden, und auf französischer Seite habe man eingewilligt, daß die Verlängerung der Kontrolle, und zwar der militärischen, der maritimen und der Luftkontrolle geknüpft werde. Jedoch sei die Schwierigkeit nur aufgehoben, denn selbst wenn die Interalliierte Militärkommission einen Entwurf zustande bringe, frage es sich, ob die Entscheidungen von Deutschland angenommen würden. Es werde ohne Zweifel versucht werden, das Einverständnis Deutschlands durch das Zugeständnis der Räumung von Düsseldorf und Ruhrort-Duisburg zu erlangen. Die Räumung widerrechtlich, selbst wider das „Recht“ von Versailles, besetzt Städte schon ein Zugeständnis — die Methode ist nicht mehr neu.

## Schau der deutschen Arbeit.

A. S. Leipzig, den 6. März 1922.

Den Höhepunkt der Leipziger Messe stellt zweifellos die Technische Messe auf dem städtischen Ausstellungsgelände dar. Hier ist alles vermieden, was die Feilbietung der Produkte unübersehlich macht. Hier sind die Waren — ähnlich wie in einzelnen wenigen Messpalästen der Innenstadt — nach Branchen gruppiert und ermöglichen es dem Beschauer, gleichsam einen Querschnitt aus der industriellen Leistung des modernen Deutschlands zu ziehen. Hier haben die großen Konzerne, deren Aufgabe die Herstellung wertvoller Werkzeugmaschinen, elektrotechnischer Artikel, landwirtschaftlicher Maschinen und Automobile ist, ihre Fertigfabrikate ausgestellt, um sie den in- und ausländischen Einkäufern anzubieten.

Für die Arbeiterschaft ist diese Warenausstellung von besonderem Wert. Sie sollte der Wallfahrtsort aller Teilnehmer an Gewerkschafts- und Betriebsrätschulen werden, wenn diese dem theoretisch Gelernten den Eindruck des fertigen Werks hinzuzufügen wollen. In ungeheurer Fülle drängt sich auf dem engen Raum am Fuße des Völkerschlachdenkmals die Sammlung der deutschen Fertigungsgüter zusammen. Etwas symbolisches hat das Bild. Oben das Denkmal der Schlacht, wo die trotz des dritten Friedrich Wilhelm mit Österreichern und Russen geeinten Preußen gegen Napoleon kochten. Gegen denselben Napoleon, der in den von Franzosen besetzten deutschen Ländern den Begebau und die Regulierung der Elbe mit einem Eifer hat fortführen lassen, der von den Preußen seit Jahrzehnten vergessen worden war.

Heute stehen an dieser Stelle Maschinen im Werte von Milliarden. Nur Muster sind es. Über eben, weil es Muster sind, Stücke, die die deutsche Leistungsfähigkeit gegenüber dem Ausland dokumentieren sollen, zeigen sie die deutsche Produktionsmöglichkeit. Um die Messstände drängen sich neben Inlandsvertretern Holländer und Franzosen, auch Vertreter des fernen Ostens sieht man. Das ist das Wahrzeichen, das erkennen läßt, daß die Industrie tatsächlich mindestens unter den heutigen Verhältnissen dem Ausland gegenüber noch konkurrenzfähig ist, und daß sich die deutsche Dualitätsarbeit internationaler Anerkennung erfreut. Hier wetteifern nebeneinander die kostbarsten Fabrikate der größten industriellen Konzerne: AEG. und Siemens, Rathenau und Stinnes stoßen sich im engen Raum. Und trotzdem ist es nicht der erbitterte Wettkampf derer, die einander zu überbieten haben, sondern sorgfältige Einstellung auf diejenigen besseren Leistungen, für die der eigene Betrieb nach jahrzehntelanger Erfahrung sich als besonders geeignet erwiesen hat. Und neben dem Großen findet sich die riesige Zahl kleinerer, gleichwohl beachtlicher Produzenten aus allen Gebieten der Elektro- und Maschinenindustrie. Besonders treten hervor die Darbietungen der Firma Krupp, die einstmals die ganze Welt mit Waffen beliefert hat (damit die Völker gegeneinander kämpfen konnten), heute aber mit landwirtschaftlichen Maschinen, mit den von der Entente so wenig geliebten Dieselmotoren, mit Werkzeugmaschinen, Werkzeugen, Präzisionsinstrumenten und Tafelgerät den Inbegriff friedlichster Friedensarbeit aufzeigt — was auch von Herrn Rollet und seinen Freunden gesehen werden sollte. Erfolgreich in der Konkurrenz mit diesen alten Großkonzernen sind die Deutschen Werke A.G., die ebenfalls in Präzisionsarbeit auf den verschiedensten Gebieten industrieller Fertigung hervorragendes leisten.

Aber das sind nur einige Namen. Indem man sie nennt, tut man Unrecht der großen Zahl anderer Wettbewerber, die qualitativ und quantitativ nicht weniger leisten, aber auf dem beschränkten Raum eines Zeitungsartikels keine besondere Würdigung finden können.

Unwillkürlich drängen sich bei diesem Bild konzentrierter Arbeit zwei Gedanken auf: der eine, der forscht, wie wohl die Moskower Kommunisten diese Summe vielfältiger Arbeit auf des Schema F der längst preisgegebenen bolschewistischen Wirtschaftspolitik bringen wollen, und der andere: warum diese Summe von Arbeitskonzentration nicht noch mehr als bisher die Befreiung des Menschen von der Arbeit gebracht hat. Vom erhöhten Platz schaut man über eine Halle von Werkzeugmaschinen, die dicht nebeneinander stehen und in voller Tätigkeit dem neugierigen Beschauer und dem profitlüsternen Einkäufer vorgeführt werden. Eine einzige Maschine leistet in wenigen Stunden das, was kunstfertige Schlosser und Schmiede vor einem Jahrhundert in Wochen, Monaten, vielleicht Jahren kaum hätten leisten können. . . .

Hier bieten Verkäufer Käufern ihre Ware dar. Dann muß man es nachsehen, wenn bei der Darbietung der Erzeugnisse zwar überall die pompösen Namen der Firmen genannt sind, von denen jeder weiß, welche Geldgeber hinter ihnen stehen, von denen jedoch keiner sagt, daß auch die deutsche Arbeiterschaft ihr Teil an der Leistung hat. Die hier dar- geboten wird, und in ihrem Interesse ist zu wünschen, daß die Frühjahrsmesse zu einem vollen Erfolg führt. Die Anzeichen der ersten Tage deuten darauf hin, daß es der Fall sein wird.



Bereits jetzt finden sich unter den Firmen solche, die ledig-  
lich dekorationshalber dastehen. Sie sind über Wochen und  
Monate hinaus beschäftigt und haben gar nicht die Absicht,  
große Aufträge mit kurzer Lieferungsfrist hereinzunehmen,  
weil man nicht weiß, was noch aus der Valuta werden kann.  
Das ist weniger auf der Technischen Messe der Fall als  
bei den übrigen Firmen verarbeitender Industrien, z. B. der  
Textilindustrie und der Industrie der Schnitz- und  
Formwerkstoffe.

Kann man so hoffen, daß diese Messe dem Beschäfti-  
gungsgrad der deutschen Industrie eine wesentliche Stütze  
sein wird, so wird diese Aussicht bestärkt durch die rege Be-  
teiligung und den starken Besuch der Baumesse. Hier ist  
in der Tat Deutschland berufen, führend zu sein. Die Entwid-  
lung des Wohnungsmarktes, die Pflicht zu äußerster Sparsam-  
keit beim Wohnungsbau und bei der Ausstattung der Woh-  
nungen hat eine große Zahl verschiedener Versuche zu spar-  
samer Bauwirtschaft und zur möglichst zweckmäßigen Aus-  
nutzung der Ofenwärme gefördert. Die Erfahrungen, die die  
deutsche Industrie auf diesem Gebiete gemacht hat, werden ihr  
fraglos dem Wiederaufbau der zerstörten Gegenden außer-  
ordentlich zugute kommen. Zwar sind die Preise, an deutschen  
Begriffen gemessen, hoch. Aber gleichwohl werden sie kein  
Hemmnis sein, wenn sich mit ihnen wirkliche Qualitäts-  
leistung verbindet — zumal die Valuta es den Fremd-  
staaten leicht macht, auch hohe Preise zu zahlen. Aussteller  
bestätigen, daß Interesse und Nachfrage nach diesen Artikeln  
beim Auslande recht erheblich sind.

Wir können das nur wünschen, je mehr die Industrie  
durch die Angleichung ihrer Produktionskosten an die Ge-  
stehungskosten der hochvalutarischen Industrie fortschreitet.  
Ganz abgesehen davon, daß es die vornehmste Aufgabe des  
deutschen Volkes ist und bleiben muß, durch Ausnutzung seiner  
industriellen Erfahrungen dem Wiederaufbau der Welt und  
der Beseitigung des Völkerhaßes nach besten Kräften zu dienen!

### Der Reichspräsident auf der Messe.

Leipzig, 7. März. (M.B.) Der Reichspräsident ist heute vormittag  
aus Berlin kommend in Leipzig eingetroffen. In seiner Begleitung be-  
fanden sich die Reichsminister Bauer, Schmidt, Dr. Roessler, Gröner,  
Dr. Rabbruch, sowie die Ministerialdirektoren von Schoenede und  
Dr. Reihner. Der Präsident des Deutschen Reichstages Abbe, der  
Vizepräsident Dietrich und der bayerische Gesandte von Preger  
hatten sich dem Besuch angeschlossen.

Um 10.30 Uhr fand im Plenarsaal des Rates der Stadt  
Leipzig im Rathaus eine Begrüßung des Reichspräsi-  
dents, der Reichsminister und der Vertreter der Landesregierun-  
gen statt. Im Namen der Stadt Leipzig begrüßte der Vorsitzende des  
Ausschusses des Reichstages, Oberbürgermeister Dr. Rötke, den  
Reichspräsidenten und die übrigen Gäste. Er dankte dem Reichs-  
präsidenten für das Interesse an der Leipziger Messe. Die Leipziger  
Messe sei ein Ereignis nicht nur für die Stadt Leipzig, sondern für  
die gesamte deutsche Industrie. Von ihrem Verlauf hänge der Be-  
schäftigungsgrad der Industrie für längere Zeit mit ab. Auch das  
Ausland erblicke in der Messe einen Gradmesser für das deutsche  
Wirtschaftsleben.

Der Direktor des Reichsamtes, Dr. Roessler, schilderte die Entwid-  
lung der Messe in größeren Zügen und zeigte an Zahlen der aus-  
ländischen Besucher, daß die Leipziger Messe die einzige deutsche  
Messe von wirklicher internationaler Bedeutung sei.

Reichsminister Schmidt erwiderte auf die An-  
sprachen und gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß durch  
die Messe in den Handelsbeziehungen zum Auslande bereits eine  
Besserung eingetreten sei. Die Reichsregierung habe das größte  
Interesse daran, daß die internationalen Handelsbeziehungen gepflegt  
werden. Das größte Hindernis dabei sei der Friedensvertrag.

Im Namen der sächsischen Regierung sprach Ministerpräsident  
Buz. An die Versammlung schloß sich eine Führung durch die  
Messe und das Ausstellungsgelände.

Kleine Abberufung Harveys. Aus Washington wird die Nach-  
richt von der Abberufung des Botschafters in England, Harvey,  
effizient demontiert.

## Internationale Entlarvungskonferenz?

Das Frankfurter „Volkrecht“ veröffentlicht einen Artikel  
von Ledebour, in dem es heißt:

Die ganzen Ausführungen, die Stampfer (im „Vorwärts“) über  
Moskau macht, erwecken den Eindruck, als ob es ihm darauf  
ankomme, die Kommunisten von der Beteiligung an der Welt-  
konferenz abzuweisen. Ich darf wohl auch der Hoffnung Ausdruck  
geben, daß die Kommunisten nicht darauf hineingefallen werden.

Dazu bemerkt die „Rote Fahne“:

Wir können Ledebour versichern, daß die Kommunisten auf die  
Weltkonferenz gehen werden. Und zwar mit dem Ziel, dort nicht  
nur die Mehrheitssozialisten, sondern auch manche Freunde  
Ledebours zu entlarven.

Die Bemerkungen des kommunistischen Blattes sind eine  
Bestätigung unserer Ausführungen. Wenn eine internationale  
Entlarvungskonferenz besteht wird, so wird die Sozial-  
demokratie es sich natürlich nicht nehmen lassen, die Kommu-  
nisten zu „entlarven“. Das heißt, man wird keine positive  
Arbeit leisten, sondern man wird ein paar Tage lang unter-  
einander streiten, und die Konferenz wird mit einem negativen  
Resultat auseinandergehen.

### Die Meinung Sinowjews.

Moskau, 7. März. (Antel.) Die erweiterte Exekutivkomitee der kom-  
munistischen Internationale hat sich für die Teilnahme an einer ge-  
meinsamen Tagung mit den anderen sozialistischen Organisationen  
ausgesprochen, auf der alle Arbeiterorganisationen möglichst voll-  
ständig vertreten sein sollen. In seiner Schlussrede wandte sich  
Sinowjew gegen die Ansicht dieser Mitglieder der russischen Partei,  
die meinten, man müßte auf der internationalen Konferenz vor allem  
„mit jenen Sozialisten, die für den imperialistischen Krieg eingetreten  
sind, abrechnen“. Sinowjew erklärte: „Trotz aller Verbrechen  
Banderobes und seiner Bestimmungsgenossen erfreuen sich diese  
Führer noch immer des Vertrauens des konformistischen Teils  
der Arbeiterklasse. Aus diesem Grunde sollten wir die allgemeinen  
prinzipiellen Fragen auf der internationalen Konferenz nicht auf-  
werfen.“ Sinowjew wandte sich gegen die Argumente der italieni-  
schen und französischen Kommunisten, deren Abneigung gegen die  
Einheitsfront verständlich sei, doch sei die Lage heute anders als  
1919, da die Kommunisten die Teilnahme an der Berner Konferenz  
ablehnen konnten. Heute gelte es, die dringendsten und wichtigsten  
Tagesfragen der Arbeiterklasse zur Debatte zu stellen.

## Kriegsbeschädigte und Teuerungszuschüsse.

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und  
Kriegshinterbliebenen wird uns geschrieben: Die Auszahlung der  
ab 1. Dezember 1921 für Schwerbeschädigte, Kriegswitwen, Waisen  
und Eltern gewährten Teuerungszuschüsse ist den Haupt-  
bzw. Fürsorgestellen übertragen, um möglichst schnell zu  
helfen. Schon bei der ersten Auszahlung, die vor Weihnachten statt-  
finden sollte, hat die Berliner Hauptfürsorgestelle Schwierigkeiten  
gemacht, so daß die erste Zahlung erst im Januar  
erfolgt ist. Inzwischen ist die Teuerung erheblich gestiegen. Trotzdem  
ist die Auszahlung der Zuschüsse für Februar noch nicht erfolgt, ob-  
wohl schon die für März fälligen erhöhten Beträge gezahlt sein sollen.  
Alle Bemühungen der Organisation waren bis zurzeit erfolglos. Ein  
Mitglied des Bundesvorstandes, das zugleich stellvertretendes Mit-  
glied des Hauptbeirates der amtlichen Fürsorge  
ist, versuchte jetzt nach Besprechung mit Vertretern des Reichsarbeits-  
ministeriums den Leiter der Berliner Hauptfürsorge-  
stelle telefonisch zu sprechen. Leider vergeblich, da das betreffende  
Telephonschloß auf mehrfachen dringenden Anruf immer wieder  
die Antwort erteilte: „Der Teilnehmer wünscht nicht angerufen zu  
werden.“ Also auf gut deutsch: Die Hauptfürsorgestelle will keine  
Besprache entgegennehmen, um nicht mit Klagen der bedürftigen  
Hinterbliebenen befaßt zu werden! Auch uns wäre es angenehmer,  
derartige Auseinandersetzungen vermeiden zu können. Aber Vor-  
aussetzung dafür ist eine einigermaßen geregelte Abwicklung der  
übernommenen Aufgaben.

## Heidenau — Reichsgericht — Nauen.

London, 7. März. (Reuter.) Unterhaus. In Beantwor-  
tung einer Frage, ob der Direktor und der Beauftragte der Rod-  
stroh-Werke in Heidenau bei Dresden verhaftet seien, und  
ob Schritte unternommen würden, um ihre Flucht zu verhindern,  
sagte Chamberlain, es sei vor kurzem die Nachricht einge-  
troffen, daß die deutsche Regierung gegen die Familie Rodstroh  
und andere Mitglieder der Firma ein gerichtliches Verfahren ein-  
geleitet. Die Frage der gegen ein Entkommen dieser Personen  
zu ergreifenden Maßnahmen sei eine Angelegenheit, für die die  
deutsche Regierung verantwortlich sei. — Auf eine weitere Frage,  
ob die britische Regierung den Obersten Rat ersuchen werde, der  
Veröffentlichung des Berichtes des Rechtsfaherständigenausschusses  
über das Verfahren vor dem Leipziger Reichsgericht zu-  
zustimmen, erwiderte Chamberlain, der Oberste Rat werde über  
die Frage der Veröffentlichung um seine Ansicht befragt werden. —  
Hurd fragte, ob die Aufmerksamkeit des Premierministers auf die  
antibrüssische und antifranciaische Propaganda gelenkt worden sei, die  
der drahtlose Pressedienst in Nauen über die ganze Erde verbreitet  
und welche britischen drahtlosen Mittel zur Verfügung ständen, um  
diese unheilvolle Tätigkeit zu bekämpfen. Chamberlain erwiderte,  
die Antwort auf den ersten Teil der Frage laute bejahend. Drei  
Funkgespräche mit britischen Nachrichten würden täglich von der Nach-  
richtenabteilung des britischen Auswärtigen Amtes verfaßt und von  
der Funkstation in Seaside ausgesandt. Sie wurden in den  
meisten europäischen Ländern und von den Schiffen auf See auf-  
gefangen und weiter verbreitet. Die Vollenbung der Funksta-  
tion in Nauen werde es hoffentlich ermöglichen, daß diese Funk-  
gespräche nach dem fernen Osten übermittelt und dort in ähnlicher  
Weise verwendet würden.

## Um die Archive des Quai d'Orsay.

Paris, 7. März. (M.B.) Die Liga für Menschenrechte  
hat beim Ratspräsidenten Poincaré nochmals beantragt, dem Bei-  
spiel von Deutschland und Oesterreich zu folgen und die Veröffent-  
lichung der in den Archiven lagernden Akten über den Kriegs-  
ursprung zu veranlassen.

Dieser Schritt der „Liga“ stellt insofern einen gewissen Fort-  
schritt dar, als noch vor einem Jahre der Vorstand der „Liga“ sich  
beharrlich weigerte, einen solchen Schritt zu unternehmen, und die  
Frage der Kriegsschuld als „causa jugata“ bezeichnete. Diese Haltung  
rief bei einigen ihrer Mitglieder heftigste Proteste hervor. Eine Ver-  
öffentlichung der französischen Archive kann aber nur dann einen ge-  
schichtlichen Wert beanspruchen, wenn sie, ähnlich wie in Rußland,  
Deutschland und Oesterreich, von Sozialisten oder anerkannten  
bürgerlichen Historikern, zumindest aber unter ihrer strengen Kon-  
trolle, erfolgt und nicht den an einer Verlesung der wahren  
Tatsachen interessierten Strohmannern Poincarés am Quai  
d'Orsay überlassen bleibt.

## Unabhängige Flunkereien.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Die Berliner „Freiheit“  
wurde vor einiger Zeit zu melden, daß der Ostpreuier Marien-  
burg der SPD. geschlossen zur USP. übergetreten sei  
und daß sich das sozialdemokratische Sekretariat in Marienburg dar-  
aufhin aufgelöst habe. Diese Notiz entspricht nicht den Tat-  
sachen. Weder ist die betreffende Ortsgruppe zur USP. über-  
gegangen, noch ist das Parteisekretariat aufgelöst worden. Tatsächlich  
ist vielmehr der SPD.-Sekretär von Marienburg nach Allenstein  
übergesiedelt, weil er infolge vermehrter Arbeit seinen Wohnsitz mehr  
in das Zentrum des Bezirks verlegen mußte. Es ist die alte Ge-  
schichte. Wenn man nicht mehr weiter weiß, fängt man zu flunkern  
an. Von einzelnen Orten abgesehen, ist die USP. in Ostpreußen  
zusammengebrochen. Vor kurzem erschien z. B. der Ge-  
schäftsführer der „Raten Fahne des Ostens“ in der Geschäftsstelle  
unserer „Königsberger Volkszeitung“ und fragte an, ob die „Rote  
Fahne“ nicht in der Druckerei der „Königsberger Volkszeitung“ her-  
gestellt werden könne, da die unabhängige „Freiheit“ in  
Königsberg doch bald zusammenbrechen werde. Wenn die  
unabhängige Parteiorganisation in Ostpreußen eine so stetige und er-  
freuliche Entwicklung nehmen würde, wie die sozialdemokratische,  
hätte sie nicht nötig, zu solchen Mitteln zu greifen.

## Nationale Witzigkeit.

Von Hans Bauer.

Was umgibt mich in diesem Leben unter einer Bedin-  
gung nicht mehr werden: unter der, daß der „Klabberadach“ nicht  
eines Tages doch einkehrt. Es ist etwas Schönes um die Komik, aber  
es ist etwas noch Schöneres um die unfreiwillige Komik. Solcher  
unfreiwilligen Komik ist der „Klabberadach“ überaus reich. Da prangt  
zum Beispiel auf der ersten Umschlagseite einer der letzten Nummern  
ein Bild, das den Reichsanwalt Wirth darstellt, dem der personifi-  
zierte „Klabberadach“ aus Fiesco zitiert: „Es weht ein kalter Wind  
in Genua, man hat nichts Gutes mit Euch vor, Savognal!“ Das ist  
ein politischer Witz sein. Ein Bonmot. Dieser Sinn in scherzhafter  
Form. — „Man hat nichts Gutes mit Euch vor, Herr Wirth!“ Herr  
Wirth weiß das natürlich nicht. Herr Wirth ist ja ein Raivöling.  
Herr Wirth läßt sich meuchlings von heimlichen Wölfen nach  
Genua laden. Herr Wirth schließt sich an, sich und uns blindlings ins  
Berberden zu stürzen. Na, aber, ei Wagh! da ist noch der „Klabber-  
adach“, der nationale und geistreiche Herr „Klabberadach“, der den  
Braten riecht und Herrn Wirth rechtzeitig warnt: Es weht ein kalter  
Wind, Savognal! Ich rate Euch gut. Ich weiß es genau. Glaubt  
mir nur! Ihr versteht das nicht so! Ihr seid ja bloß son Republikan-  
er-Hauptling! — Dazu gibt es eine Zeichnung zu sehen: So all-  
modisch, so micklos!

Aber das Herrlichste am „Klabberadach“, jenes, dessen Bekümm-  
erung ich nie ohne das Lächeln einer unendlichen, stillen Fröhlichkeit ge-  
niessen, ist das Wochengedicht des Chefredakteurs Paul Warkel. Dieses  
Wochengedicht befindet sich seit vielen Jahren auf den unteren zwei  
Dritteln der zweiten Seite, wird in besonders großen, fetten Lettern  
gesetzt und bildet so etwas wie den Clou des „Klabberadach“. In  
der besagten Nummer beginnt es, das meistens sechsversige, folgen-  
dermaßen:

Der Mann der Faust voll harter Schweiß,  
Wenn ihm gefällt, mit Hochgefühl  
Des Staates Bau zu unterstützen,  
So schlägt er lähn an seine Brust —  
Wie leicht kann er das Ziel erreichen:  
Stolz fährt er, ohne zu erleben,  
Dah still es sah, des Rades Speichen,  
Ziel, lassen- und auch selbstbewußt.

Das still es steht! Wer? Es: des Rades Speichen! Gezielt, ge-  
zielt: Die Eisenbahner sind im Unrecht gewesen. Und es läßt sich  
gegen sie dichten. Wer aber so ungrammatikalisch, so unstilisiert, so  
miserabel und mit so lächerlichem Pathos gegen sie dichtet, ist noch  
viel mehr im Unrecht. Es gibt indessen, Herr Warkel, einen Aus-

weg, Herr Warkel, aus Ihren Gedichten Möglichkeiten herauszu-  
holen, Herr Warkel, daß man die Pflanze kriegt, Herr Warkel.  
Ballenberg müßte sie vortragen. Hat Jenner noch nie daran ge-  
dacht?

Es liegt nicht viel an dem Feinddruckdichter Warkel und an dem  
nationalen Witzblatt „Klabberadach“. Aber, Herr Warkel: es ist  
doch ein steifem Ding darum, daß man, wohin man spuckt und gukt,  
man bei Euch keinen Karikaturisten findet, wie die von Links ihn  
etwa in George Grosz, und keine Satiriker, wie die von Rechts ihn  
etwa in Theobald Tiger haben! Was seid Ihr für fide Leute! Was  
passiert Ihr in Saganokotulsh, wo die von Rechts Feuer spritzen.  
Regt Euch schlafen, Ihr Nationalen! Ihr könnt ja bloß pflaumen,  
aber lästern könnt Ihr nicht.

Konzert des Deutschen Arbeiterbundes. Das war ein  
fröhlich Treiben am Sonntag im Konzertsaal Friedrichshain. Fünf  
verschiedene Chöre rangen da um die Palme, dazwischen musizierte  
das Liebermann-Terzett, das Ganze umrahmt von zwei großen  
Gesangschören. Es ist ein energisches, zielbewusstes Streben bei  
allen Chören zu erkennen, belohnt durch eine Anteilnahme des nicht-  
gedrängten Publikums, die wohlthuend wirkte. Da ist die „Wed-  
dinger Harmonie“, ein kleiner Chor von höchstens 30 Mann,  
dem leider etwas das große Material fehlt. Aber kurz Stod hat  
seine Sängerschaft jetzt in der Hand, klipp und klar kommt jeder Ein-  
satz, der Text ist ohne Programm absolut verständlich. Männerchor  
„Berche“ unter Hohrbach, dem trefflichen Gesangsdirektor, gibt  
sich technisch etwas ungewungen, die Intonation ist nicht immer  
rein, aber Schwung und Massenwirkung sind da. Der gemischte  
Chor „Norden“ hat unter seinem neuen Dirigenten Paas bring-  
end mehr Männerstimmen nötig, singt etwas ungedeckt, sonst ist  
alles in Ordnung. Zwei ganz vorzügliche Vereine sind der Männer-  
chor Wedding unter Chormeister Heib und der Berliner  
Schubert-Chor unter Valske. Der erstere ist an gesanglicher  
Kultur dem letzteren etwas überlegen, der zweite dem ersteren durch  
seinen wunderbaren, weit ausholenden Vortrag. Im „Wedding“  
quillt etwas rheinische Songesfreudigkeit, im Schubert-Chor sind nord-  
ische Tiefe, verhallenes Atmen im Piano und ausbrechender  
Sturm im Forte das demerksenswerteste. Heinrich Bauer.

Das Marionettentheater Dresdener Künstler spielt seit mehreren  
Wochen im Brahm-Saal, Bülowstraße, und hat jetzt in seinem Spiel-  
plan auch einige Opern aufgenommen. Die sich auf der Puppenbühne  
langst beharrt haben: Mozarts Scherzspiel „Bastien und  
Bastienne“ und Offenbachs „Näbchen von Elizondo“,  
zwei liebreichend anmutige, heitere und familiengelegte, unergän-  
gliche Werke. Die Sopranpartien singt Inna Lisovski kunstgerecht  
und leidenschaftlich, den Basspartie Sultan Polzin vollendet und mit  
köstlichem Humor; der Tenorist Max Schwalbe reicht gut für  
Offenbach aus, für Mozart schon weniger. Wie aber die Holz-  
figuren zum Sang im Takt sich wiegen, wie sie tanzen und ihre  
Worte ernsthaft bekräftigen, das ist nun zum Entzücken gar. Dem  
Klavierspieler Harbi-Pojwanowsky alle Anerkennung.

Ein Esperanto-Institut für das deutsche Reich. Das Reichs-  
ministerium des Innern hat das bisherige Sächsische Esperanto-  
Institut in Leipzig ermächtigt, fortan die Bezeichnung „Esperanto-  
Institut für das Deutsche Reich“ zu führen. Weitere behördliche  
Schritte zur Unterstützung der Arbeiten des Instituts stehen in Aus-  
sicht. Das Institut bezweckt, den Esperantounterricht besonders an  
Schulen und Lehranstalten durch Heranbildung und Prüfung von  
Lehrkräften auszugestalten.

Das Parlament der Analphabeten. Der polnische Sejm, der  
im Januar 1919 zustande kam, hat zwar schon am 21. März  
1921 die Konstitution beschlossen, will aber immer noch nicht  
gehen. Jetzt werden die Wähler bis zum Oktober vertrieben.  
Man versteht diese Sehnstigkeit, wenn man aus der Viehherde  
„Volksstimme“, dem Organ der deutschen Sozialdemokratie Polens,  
erfährt, daß 60 Abgeordnete dieses Reichsparlaments Ana-  
phabeten sind. Sie und viele andere fürchten, nicht wiedergewählt  
zu werden und erklären sich daher für vorläufig unentbehrlich und  
unabgierbar. Ein würdiges Seitenstück zur alten polnischen Konsti-  
tution, nach der eine einzige Stimme genügt, um diesen Beschluß  
zu verhindern.

Das Grabdenkmal für Frank Wedekind. Für die Grabstätte  
Frank Wedekinds auf dem Münchener Westfriedhof hat Benno Elton,  
der Frankfurter Bildhauer, das Denkmal geschaffen. Es ist auf  
einem niedrigen Stufensockel eine schlanke Säule aus gelbem  
Untersberger Marmor. Sie trägt vorn ein Bronzemedallion mit  
dem Profilbildnis des Dichters und oben auf vergoldeter Kugel einen  
bronzernen Pegasus.

Besonders charakteristisch für den Dichter der „Lulu“ und des  
„Hedda“ scheint uns dieser Denkmäler nicht zu sein.

Die elektrifizierte Stadt. Erfauliche Berichte über eine aus-  
sperische Erscheinung, die der außerordentlichen Räte dieses Jahres  
folgte, kommen aus der Stadt Lanau in Alaska. Die Luft war  
nagel ruhig und trocken und stark mit Elektrizität geladen. Wenn  
sich zwei Personen die Hand schüttelten, so empfingen sie einen  
starken Schlag und hatten ein brennendes Gefühl durch den ganzen  
Körper. Männer, die ihre Frauen küßten, empfingen ebenfalls einen  
bestimmten elektrischen Schlag. Die Telegraphen- und Telephonbräule  
surzten so laut, daß es auf viele Kilometer hin hörbar war. Auch  
die Tiere schienen unter dieser Elektrizität der Luft zu leiden. Hunde,  
die sich berührten, fielen heulend auseinander; die Raben trachteten  
ängstlich. Diese Elektrifizierung der Stadt dauerte mehrere Stunden  
und wurde von einer prächtigen Erscheinung des Nordlichts gefolgt.

Spielplanänderung. Die Nr. 11 des Monatsausgabe der  
„Robert und Bertram“ im Deutschen Opernhaus muß wegen  
Erkrankung durch „Die Fledermaus“ ersetzt werden.

Die Prüfung der Ruffischen Bühne „Kauska Wladimir“  
(Widerrückung) am Kurfürstendamm 22 findet am Donnerstag, 8. März,  
abends 8 1/2 Uhr, statt. Zur Aufführung gelangen 14 Stücke unter Regie  
von D. Rents und A. Tschibulsky (Kasseler Künstler-Theater).

Das Leipzig-Theater hat Franz Werfels neues Drama  
„Schlagung“ und Hermann von Helldorfs „Die Dämonen“  
„Heller und Gell“ zur Aufführung ansetzen.



# Jugendherbergswoche.

Für Jung-Neußölln ein Wandernest.

Zur Eröffnung der Jugendherbergswoche, die für die Schaffung von Herbergen der wandernden Jugend wirkt, fand am Montag in Neußölln eine öffentliche Versammlung statt. Der Leiter des Neußöllner Bezirksjugendamtes, Stadtrat Schneider, wies in einer Ansprache daraufhin, wie sehr die Zusammenballung der Bevölkerung in Großstädten mit ihren Mietskafernen und ihrem Wohnungselend es nötig macht, der Jugend die in gesundheitlicher und erzieherischer Hinsicht so förderlichen Wanderausfahrten zu erleichtern. Bei der fortgesetzten Steigerung der Nahrungs- und Unterkunftskosten und auch der Eisenbahnfahrtspreise seien die Bestrebungen des Reichsausschusses für Jugendherbergen zu unterstützen, der im deutschen Reich bereits 1100 Herbergen für die wandernde Jugend eingerichtet hat. Für den Nachwuchs Neußöllns wird in Roggenmühle, an der Kleinbahn Königswusterhausen-Mittenwalde-Löpschin, eine Herberge geplant, die als Nest für jugendliche Wanderer eine einfache Unterkunftsstätte bieten wird. Dazu ist aber Geld erforderlich, zu dessen Aufbringung die aus Jugendvereinigungen aller Richtungen sowie aus Elternräten und der Lehrerschaft zusammengesetzte Ortsgruppe Neußölln des Brandenburgischen Zweigausschusses für Jugendherbergen die Bevölkerung bittet, daß jung und alt sein Scherstein beisteuern möge. Die Versammlung bot außer diesem merkwürdigen Vortrag noch stimmungsvolle Lieder des Neußöllner Lehrergesangsvereins, tüchtige turnerische Leistungen eines Turnvereins und von Jugendlichen sehr hübsch ausgeführte Volkstänze.

Der Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin hat sich in dieses große Werk eingelassen. Er hat selbst den Bau einer solchen Jugendherberge in Angriff genommen. Während der Jugendherbergswoche werden folgende Veranstaltungen getroffen, um deren Besuch wir die erwachsenen Arbeiterklasse herzlich bitten: heute, Dienstag, 7 Uhr, Kunstabend in Neußölln, 1. Anseum, Berliner Straße. Donnerstag, den 9. März, Winterabend im Pöfing-Gymnasium, Panstr. 18. Sonnabend, den 11. März, abends 7 Uhr, Volkstanzabend im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz 28. Son. Fr. Abend wird sozialistische Saiten zu Gehör bringen. Sonntag, den 12. März, abends 7 Uhr, Winterabend in Schöneberg, Küderrschule, Kaeberstraße. Sonntag, den 12. März, abends 7 Uhr, Jugendfeier in Kaufdorf, Schule Weißstraße. Eintrittskarten a 2 M. zu allen Veranstaltungen sind an der Tageskasse und bei den Funktionären des Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin zu haben. Kucheralb findet täglich von 5 bis 9 Uhr im Jugendheim, Berlin, Lindenstr. 3, 2. Hof 3 Treppen und im Jugendheim in Neußölln, Münchener Str. 52, eine Ausstellung und Verkauf guter Bücher und sämtlicher Wanderausstattungsgegenstände statt.

## Was wird mit dem Tempelhofer Feld?

In der Anwohnerschaft des Tempelhofer Feldes, in Volkssportvereinen und auch in Neußöllner kommunalen Kreisen — der 14. Bezirk wird bekanntlich auf dem Tempelhofer Feld einen großen Sport- und Jugendspielplatz errichten — haben die letzten Nachrichten über die beabsichtigte teilweise Hergabe des Tempelhofer Feldes zur Errichtung eines Luftverkehrsflughafens lebhaftest Interesse erregt. Die B.Z. nunmehr bekanntlich, sind diese Mitteilungen irreführend. Das Reichsverkehrsministerium verhandelt seit längerer Zeit mit dem Reichsflughafenamt über die Aufbahnamachung eines Teiles des Tempelhofer Feldes für Eisenbahnzwecke. An diese Verhandlungen knüpfen sich auch Vorbesprechungen über die Möglichkeit der Schaffung einer Zwischenlande- stelle für Verkehrsflugzeuge, die jetzt teils in Stöcken, teils in Johannistal starten. Da beide Orte von Berlin weit — etwa 12 und 16 Kilometer — abliegen, ist der Verkehr zum und vom Flugplatz mit großem Zeitverlust verbunden. Dasselbe gilt bei dem etwaigen Uebergang von einem Flughafen zum andern — etwa 26 Kilometer Entfernung, um von dort die Reise im Flugzeug fortzusetzen. Das Ergebnis der schwebenden Verhandlungen ist mit Sicherheit noch nicht zu übersehen; es hängt davon ab, ob es gelingt, einen zweckentsprechenden Ausgleich zwischen den verschiedenen am Tempelhofer Felde beteiligten Interessen sowie auch eine die gerechten Ansprüche der Luftreedereien befriedigende Lösung zu finden. — Die an der Erhaltung der Volksgesundheit interessierten Personen und Korporationen haben jedenfalls den einen Wunsch, daß die jetzt noch freien Teile des Feldes sowohl von der Eisenbahn als auch vom Luftverkehr verschont werden.

## Das Märchen vom Goldgehalt.

Wie böse Gerüchte entstehen und geglaubt werden.

Die Entstehung der lächerlichen Mär von den Unsummen in Gold, die der Reichspräsident und die Minister als Gehalt in blankem Gold ausgezahlt erhielten und die von böswilliger Seite weidlich ausgenutzt wurde, ist jetzt von der Berliner Kriminalpolizei, die den Urheber schon lange auf der Spur war, aufgeklärt worden.

Ein Mann aus Brandenburg a. d. H. lernte auf der Eisenbahnfahrt in einem Abteil 4. Klasse eine Frau in mittleren Jahren kennen, die sich Marie oder Kartha Keller nannte. Sie besaß sich in Begleitung eines etwa 12 Jahre alten Mädchens, das sie Elvira oder Eva rief. Im Hause der Unterhaltung kam man auf die allgemeine Kollege zu sprechen und der Mann fragte, daß auch er darunter leide. Da erklärte die Frau, sie könne ihm helfen, weil sie im Kriegsministerium beschäftigt sei. Im Verlauf der Bekanntschaft erzählte die Frau, daß die Regierungsbeamten vom Reichspräsidenten abwärts ihr Gehalt in Gold erhielten. So bekomme auch sie als Angestellte des Kriegsministeriums für 3000 M. Papiergeld den gleichen Betrag in Gold. Leider habe sie augenblicklich nur noch 1500 M. Papiergeld, so daß ihr jetzt 1500 M. Gold verloren gingen. Der Mann war gern bereit, der gottreichen Frau 1500 M. Papiergeld zu borgen, um so lieber, als sie ihm zum Wande eine Luksulderne Kistentische ließ, die wichtige Papiere des Kriegsministeriums enthalten sollten. Auf die Rückzahlung der 1500 M. wartete er jedoch vergeblich. Als der Vertrauensselige sich endlich sein Pfandstück näher ansah, mußte er zu seinem Leidwesen feststellen, daß die Kistentische nichts als ein Gesangbuch und alte Bücher enthielt. Mit diesem Trick hat die Schwandlerin, so unglaublich das auch klingen mag, nicht Maß in der Fäulnis, sondern auch in Berlin in vielen Fällen Erfolg gehabt. Auf diese Weise entstand das Gerücht von dem Goldgehalt des Reichspräsidenten und der Regierung. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, festzustellen, daß die Schwandlerin eine 38 Jahre alte Rosa Jaremka ist, die schon im Jahre 1919 wegen vieler Betrügereien zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt wurde und jetzt nach Verbüßung ihrer Strafe umherstreift, um mit dem neuen Schwandlergeschäfte zu machen. Es ist noch nicht gelungen, ihrer habhaft zu werden.

## Raubmord bei Wärrwalde.

Ein doppeltes Kapitalverbrechen ist, wie die Staatsanwaltschaft zu Landsberg a. d. H. hierher mitteilt, am Sonntag abend auf einem einsam gelegenen Bauerngehöft bei Wärrwalde im Kreise Landsberg verübt worden, wahrscheinlich von Berliner Verbrechern. Zwei noch unbekannt Männer trangen um 8 Uhr in das Gehöft ein, indem sie eine Scheibe zertrümmerten, und überzählten das einsame Besizerpaar. Sie lösteten den Mann durch einen Kopfschuß und verletzten die Frau sehr schwer durch einen Schuß in die Brust. Dann durchsuchten sie die Wohnung, raubten 25 000 M. und verschwand damit. Einer der Täter hat sich beim Zertrümmern der Fenster Scheibe den Handrücken

# Kapp und das Reichsgericht.

Wie der B.Z.-Korrespondenz von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist vom Reichsgericht noch keine Entscheidung darüber gefallen, ob der Wunsch des Generallandschaftsdirektors Kapp, ihm freies Geleit nach Leipzig zu gewähren, Erfüllung finden wird. Das Reichsgericht hat erst gestern ein Schreiben Kapps erhalten, in dem er seine bereits befannten Gründe auseinandersetzt und eine Kautelen anbietet für den Fall, daß ihm freies Geleit zugesichert wird. Oberreichsanwalt Ebermeyer hat ebenso wie der Präsident des Reichsgerichtes heute morgen von diesem Schreiben Kapps, das im überraschenden Gegeniaz zu seiner bisherigen Haltung steht, Kenntnis genommen. Es wird noch heute eine Unter- suchung darüber angestellt, welche Rechtsmöglichkeiten gegeben sind, um Kapp Gelegenheit zu geben, sich zu stellen. Dabei soll geprüft werden, ob es zulässig ist, ihm den Schuh des freien Geleites zuzusichern. Das Reichsgericht befreitet, daß die Selbststellung Kapps auf das Wiederaufnahmeverfahren des Herrn v. Jagow einen Einfluß haben könne. Dem Reichsgericht selbst ist ein Antrag des Verteidigers Herrn v. Jagow, Rechtsanwält Grünspach-Berlin, bis zur Stunde noch nicht übermittel worden, und man hat dort von der Absicht Jagows, den Prozeß noch einmal aufzurollen, lediglich aus der Presse Kenntnis. Allerdings ist man auch im Reichsgericht der Ansicht, daß Kapp sich zu seinem neuerlichen Schritt infolge der erheblichen Bestrafung seines ehemaligen Mitarbeiters veranlaßt gesehen hat, sein Asyl in Schweden aufzugeben und sich dem Reichsgericht zu stellen.

Die Annahme, daß die Reise des Reichsjustizministers Prof. Radbruch mit dem Entschluß Kapps in Verbindung zu bringen ist, wird ebenfalls energisch bestritten. Der Reichsjustizminister habe sich bereits vor acht Tagen in Leipzig angelagt, um bei dem Besuch des Reichspräsidenten im Reichsgericht, der heute vormittag stattfand, anwesend zu sein.

Wir können aus eigener Kenntnis bestätigen, daß die Person des Reichsjustizministers Genossen Radbruch mit dem Entschluß Kapps in keinerlei Verbindung zu bringen ist. Zufällig war es ein Mitglied unserer Redaktion, das den Reichsjustizminister von dem Erscheinen des Kapp-Briefes in den „Dresdner Nachrichten“ zuerst in Kenntnis setzte. Der Reichsjustizminister war von dieser Mitteilung vollkommen überrascht. Wenn also eine Reise Radbruchs nach Leipzig mit dem Schritt Kapps in Verbindung gebracht wird, so handelt es sich um ein ganz zufälliges Zusammentreffen zweier Ereignisse, die innerlich nichts miteinander zu tun haben.

## Reichsgericht, Republik und Hochverrat.

Aus den Gründen des Jagow-Urteils.

Die schriftliche Urteilsbegründung des Reichsgerichts gegen Jagow und Genossen (die mündliche findet sich in der an anderer Stelle erwähnten Schrift von Brammer) ist zufällig jetzt auch gerade fertiggestellt worden. Sie ist außerordentlich umfangreich, denn sie umfaßt 65 Seiten, wodurch eine wörtliche Wiedergabe in der Tagespresse unmöglich wird. Aus Auszügen des Urteils, die von der Korrespondenz B.Z. verbreitet werden, geht hervor, daß das Reichsgericht in seiner Betrachtung der politischen Zustände vor Ausbruch des Putches dem Standpunkt der Kappisten außerordentlich weit entgegenkommt. Es schildert sehr breit deren Ansicht von dem angeblich „verfassungswidrigen“ Weitertragen der Nationalversammlung, ohne auszuführen, was von der anderen Seite diesem Standpunkt entgegengehalten wurde. Dann geht das Urteil auf die Person der drei Angeklagten ein und nimmt zu ihrer Tätigkeit in der Weimarer Stellung, wie dies schon die mündliche Urteilsbegründung und das Urteil selbst erkennen lassen. Von allgemeiner Bedeutung sind die rechtlichen Ausführungen über den Begriff des Hochverrats. Hier sagen die Urteilsgründe:

„Die Verfassung des Deutschen Reiches, wie sie von der Nationalversammlung in Weimar beschlossen worden ist, ruht auf dem Grunde der Volkssouveränität. Artikel 1 bestimmt:

Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Es bedeutet daher den Versuch einer grundlegenden Aenderung dieser Verfassung, wenn es jemand unternimmt, das Volk aus seiner Stellung als Träger der Staatsgewalt zu verdrängen und an die Stelle der Herrschaft des Volksganges eine Diktatur treten zu lassen, d. h. die Meinherrschaft eines Einzelnen oder einer einzelnen Volksschicht. Ein solches Unterneh- mens haben sich Kapp und v. Lüttich in den Tagen vom

der rechten Hand verlegt. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen der Ortspolizei haben die Raubmörder den Weg nach Landsberg eingeschlagen und sind von dort mit dem Zuge wahrscheinlich nach Berlin gefahren.

## Kartensmisch im März.

Wie bereits bekanntgegeben, ist trotz erhöhter Herstellungskosten der Kartensmischpreis auch für den Monat März auf 4 Mark je Liter festgesetzt worden. Dieser Preis bezieht sich sowohl auf die Milchgehälte als auch auf die in Ruhhaltung innerhalb der Stadt abgegebenen Kartensmisch. Der Lage des Futtermittelmarktes entsprechend, sind die Ruhhalter innerhalb der Stadt jedoch nur verpflichtet, je Kuh und Tag 3 1/2 Liter Vollmilch an Kartensmisch abzugeben (gegenüber bisher 5 Liter je Kuh und Tag). Die darüber hinaus erzeugte Menge können sie freibändig zum Preise von 6,60 M. verkaufen. Die Ruhhalter erhalten aber zum 4-Mark-Kartensmischpreis einen Vorkauf von 1 Mark vom Reichsamt, daneben eine Zulassung erheblich verbilligter milchliefernder Kraftfuttermittel, die auf die Güte der Milch einen erheblichen Einfluß ausüben. Durch diese Hilfsaktion sind die Ruhhalter in der Lage, bei rationaler Bewirtschaftung ihres Betriebes eine auskömmliche Existenz zu finden. Die von einem Teil der Ruhhalter geübte grundfällige Abweisung von Kartensmisch mit der Begründung der angeblichen Rottfäule der Kuhhalter ist daher nicht gerechtfertigt.

Die Vollmilchkarten für den Monat April 1922 werden in sämtlichen Groß-Berliner Verwaltungsbezirken in Mit- Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Freitag, den 10. März, den 11. und Montag, den 13. März, für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Dienstag, den 14. März, den 15. und Donnerstag, den 16. März 1922 ausgegeben. Ferner gelangen A-Karten (Karten für werdende Mütter) zur Ausgabe. Die A- und A II-Kinderarten erhalten je 1/2 Liter und die B I- und B II-Kinderarten sowie die A-Milchkarten (für werdende Mütter) je 1/2 Liter Vollmilch täglich. Die Inhaber von A-Milchkarten haben die April-Milchkarten bis zum 24. März dem Milchhändler vorzulegen.

Die Weiterverwendung der Steuerkarten von 1921 ist in diesem Jahre gesetzlich unzulässig. In der letzten Zeit ist wiederholt festgestellt worden, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer die letzten Steuerblätter aus den Steuerkarten des Jahres 1921 zum weiteren Einleihen der Steuermerken für 1922 benutzten. Das ist nach den beizulegenden Bestimmungen unzulässig. Die Steuerbücher,

13.—17. März 1920 schuldig gemacht und da sie sich zur Durch- führung ihres Vorhabens des Mittels der Gewalt bedient haben, fällt ihnen im Sinne der §§ 81, Nr. 2, 82 StGB. ein Verbrechen des Hochverrats zur Last. Der Einwand der Verteidigung, dieser Paragraph habe mit dem Befehl der monarchistischen Staatsform keine Geltung verloren, geht fehl. Die strafgesetzlichen Bestimmungen über Hochverrat schützen die Verfassung in ihrer jeweils bestehenden Form, keineswegs nur in der Gestalt, wie sie gerade zur Zeit des Erlasses des Strafgesetzbuches bestand. Es mag sein, daß man damals an eine Reichsrepublik und daran, sie strafrechtlich zu schützen, nicht gedacht hat. Das ist aber auch gleichgültig. Der Artikel 178 Absatz 2 der jetzt geltenden Reichsverfassung hat alle Befehle und Verordnungen des Reiches, soweit ihnen diese Verfassung nicht entgegensteht, für in Kraft bleibend erklärt. Damit ist auch § 81 Nr. 2 StGB. in Wirksamkeit verblieben, mit der selbstverständlichen Maßgabe, daß als das zu schützende Rechtsquasi jetzt nicht mehr die monarchische Reichsverfassung vom 16. April 1871 zu gelten hat, sondern nur noch die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919. In gleichem Sinne hat sich das Reichsgericht erst jüngst bei Aburteilung der Kommunistenprozesse schon mehrfach ausgesprochen.

Das Urteil führt dann weiter aus, daß das Kapp-Unternehmen die „gewalttätige Umgestaltung der demokratisch-republikanischen Staatsform“ geplant hat und daß man „kein Wort davon“ finde, daß alles nur geplant worden war, die Reichsregierung zur Erfüllung gewisser politischer Forderungen anzuhalten. Die Aufzählung einer Diktaturgewalt enthält im demokratisch-republikanischen Staatswesen unter allen Umständen eine Aenderung der Verfassung, gleichviel, ob sie als Selbstzweck gedacht war oder nur als ein Mittel zur Erreichung anderer Zwecke. Denn sie stelle das bisherige Verhältnis der öffentlichen Gewalt im Reich geradezu auf den Kopf und zwang das deutsche Volk, unter einer Staatsform zu leben, die das Gegenteil der Weimarer Verfassung war. Das Urteil enthält dann folgenden beachtenswerten Satz:

Hiernach ist gegen Kapp und v. Lüttich festzustellen, daß sie es unternommen haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewalttätig zu ändern.

Für einen etwa kommenden Prozeß gegen Kapp bedeutet das natürlich eine sehr wichtige Vorentscheidung, denn das Reichsgericht wird von der hier befundenen Auffassung in einem neuen Verfahren kaum abgehen können.

## Jagows Hoffnungen.

In einer Aufschrift an die Presse spricht der Verteidiger Jagows, Rechtsanwalt Grünspach, die Hoffnung aus, daß durch die Aus- sage Kapps sich bestätigen würde, daß Jagow keine Führer- rolle gespielt habe, wodurch er der Mindeststrafe teilhaftig würde. Außerdem prüfe er, Rechtsanwalt Grünspach, zurzeit das Material daraufhin, ob unabhängig von der Aussage Kapps ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens möglich sei.

Nach der vorliegenden Urteilsbegründung, die die Führerschaft Jagows auf ganz bestimmte Handlungen zurückführt, scheinen uns Jagows Hoffnungen trügerisch.

## Eine Schrift über den Jagow-Prozeß.

Kapp hat sein Angebot, sich selbst zu stellen, damit begründet, daß durch einen Prozeß gegen ihn der Jagow-Prozeß gleichsam revidiert würde. Damit rückt der Prozeß gegen die Jagowmänner und die Frage, ob er einer moralischen Revision bedarf, erneut in den Vordergrund. Gerade zurzeit erscheint eine Schrift, die vorzüglich alle wichtigen Ergebnisse des Jagow-Prozesses zusammengestellt. (Ver- fassungsgrundlagen und Hochverrat, nach den stenographischen Ver- handlungsberichten und amtlichen Urkunden zum Jagow-Prozeß be- arbeitet von Karl Brammer. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W. 35.) Brammer hat, was in den einzelnen Zeugnisaus- sagen oft durcheinandergeringelt, nach sachlichen Materien geordnet und nebeneinander gestellt. Seine Schrift betrachtet das Kapp-Unterneh- men unter einer Anzahl Hauptgesichtspunkte und bringt zu jedem die stenographischen Zeugnisausgaben. Eine wertvolle Ergänzung bildet die wörtliche Wiedergabe der in der Verhandlung verlesenen Ur- kunden, namentlich der schwerelosenden Dokumente, die bei dem Angeklagten Schiefe gefunden wurden, die stenographische Wiedergabe der in den Zeitungsberichten leider viel zu kurz gekommenen Anklagerede des Oberreichsanwalts und die Urteils- begründung des Reichsgerichts.

Die Schrift läßt das Bild der Leipziger Verhandlung, die mög- liche Haltung der Angeklagten, die verbüßende Vergeßlichkeit der reaktionären Zeugen, die Kappische „Judenfäule“ in der Reichsanlei und Ludendorff, dem harmlosen Spaziergänger vom Branden- burger Tor in seiner nicht mehr zweideutigen, sondern eindeuti- gen Rolle wieder auferstehen. Zum Vorstudium der Verhandlung gegen Kapp ist sie sehr geeignet.

die jeweils nur Beginn des Steuerjahres ausgestellt werden müssen, gelten nur für das betreffende Steuerjahr, das mit dem Kalender- jahr übereinstimmt.

In der Fortsetzung für Kleingartenwirtschaft und Kleingarten- recht des Ringgartensammlers Tempelhof spricht morgen, Mittwoch, den 8. 7/8 Uhr abends, in der Aula des Realgymnasiums an Tempelhof, Keller- straße 14/20, der Gartenarchitekt und Stadlungsarchitekt Lehmann- Wiggan aus Wilmersdorf über Thema „Große Ernten im Kleingarten“ über „Wünscht der Kleingärtner moderne Technik?“ unter Vorführung von Lichtbildern.

Die Liga Junger Republik bittet um, mitzutheilen, daß der Vortrag Ludwig Hoffmann über „Ruhhalt und die Großmilch“ wegen Erkrankung des Referenten auf Mittwoch, den 22. März, abends 8 Uhr, verschoben werden mußte. Am morgigen Mittwoch wird Herr Dr. Hecht- licher über die Frankfurter Bauhändlerkonferenz referieren.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, gewollte Wetter, jedoch unbedeutend, mit wiederholten Regenschauern und frühen Abwärtigen bis westlichen Winden.

## Die Leiche im Reisefloß.

Bei der Kriminalstelle im Leipziger Hauptbahnhof wurde am Montag abend von Dienstmännern ein Reisefloß abge- geben, der ihnen zur Beförderung nach einem Zuge übergeben wor- den war und in dem die Leiche eines gut gekleideten Mannes gefunden wurde. Dem Toten war der Kopf vom Rumpfe getrennt. Um einen Raubmord scheint es sich jedoch nicht zu handeln, da Wertgegenstände wie Geld und Uhr gefunden wurden. Der Ermordete scheint ein Belgischer oder französischer Glaubens zu sein. Die Tat kann nach den bisherigen Feststellungen schon vor zwei bis drei Tagen begangen worden sein. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei sind im Gange.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 8. März:

Kommun. Mitgliederversammlung, Tagesordnung: 1. Kommunales 2. Erzie- hungswesen 3. Parteiverordnungen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.  
12. 11. 12. Arbeiter. 11. Uhr, Mitgliederversammlung im Café Bänke, Berlin, W. 35. Tagesordnung: Tagesordnung: Sozialdemokratie und Streikrecht. Referent Kurt Hülse.



